

Das Begrüßungssignal aus der Roten Flora



We are here to stay!

Lampedusa!

Vorwort

Liebe Leser_innen,

trotz des strahlenden Sonnenscheins haben wir uns in unser stilles Kämmerlein zurückgezogen, um euch eine neue Ausgabe zusammen zu basteln. Einiges ist zusammengekommen aber es ist immer noch Luft nach oben also Texte, Texte, Texte schicken. Wir hoffen, ihr habt die Walpurgisnacht und den 1. Mai erfolgreich verbracht um genug Fahrt für das Jahr aufzunehmen. In unserem lieben Kasten wird kräftig gebaut und gewerkelt, wobei helfende Hände jeden Sonntag gerne gesehen sind. Unterstützung in Form von Geld, Schoki ist nach wie vor auch gerne gesehen.

Aber jetzt ab in die Sonne und nicht den Einsendeschluss für die nächste Ausgabe am 20.06.14 verpassen.

Freiheit und Glück,
eure Zeck

Viele Grüße senden wir an die Genossen_innen des „Revolutionären Kampfes" in Griechenland, die sich mit einem großen Knall zurück gemeldet haben.





Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf CDs mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!). Eigendruck im Selbstverlag.

Inhalt	Seite

KURZES

**#Kämpa Showan!
– Solidarität mit den Antifaschist*innen in Malmö und anderswo, 2014-03-12**

Wir sind wütend und entsetzt über den lebensgefährlichen Angriff auf unsere Genoss*innen in Malmö.
Am Abend des 8. März wurden nach einer feministischen Demonstration vier unserer schwedischen Genoss*innen von Neonazis in Malmö/Schweden mit Messern angegriffen.
Dabei wurde der Antifaschist und linker Ultra-Aktivist Showan von ihnen so schwer verletzt, dass er ins künstliche Koma versetzt werden musste. Sein Zustand ist immer noch ernst, aber er befindet sich mittlerweile ausser Lebensgefahr.
Da Showan zuvor als Aktivist und Mitbegründer der Kampagne „Football fans against Homophobia" auf der Naziseite „Realisten" mit Bild und Infos geoutet wurde, lässt vermuten, dass dieser Angriff nicht ungeplant war. Weitere Genoss*innen erlitten bei dem Übergriff Sitchverletzungen in Brust und Schulter, eine_r einen Lungendurchstich.
Wir senden alle unsere Solidarität, Kraft und Herzen nach Malmö!

Dieser Vorfall ist kein Einzelfall. Bereits im Dezember letzten Jahres griffen Neonazis eine antirassistische Demonstration in einem Stokkholmer Vorort an. Als Antifaschist*innen sich und die Demo daraufhin verteidigten, wurden diese von den Bullen noch Tage später ausfindig gemacht und in Gewahrsam genommen. Einer von ihnen sitzt seitdem in U-Haft.
Nicht nur Schweden, die gesamte europäische Gesellschaft hat ein erstarkendes Problem mit Rechtspopulismus und Neofaschismus. Unter dem Deckmantel der demokratischen Meinungsfreiheit wird nationalistische und rassistische Hetze als freie Meinungsäusserung toleriert, neofaschistische Bewegungen wie im Fall der Ukraine von den bürgerlichen Medien als Befreiungsbewegung gefeiert; lebensgefährliche Angriffe und Morde an Linken, Homosexuellen, Migrant*innen und Flüchtlingen werden stillschweigend hingenommen, heruntergespielt und von Ermittlungsbehörden nicht selten ignoriert.

Das muss aufhören!!

Seht nicht zu - Greift an!
Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern Selbstverteidigung!

Rote Flora
12.03.14

##################################

Veranstaltungsreihe
vom rassistischen normalzustand zum nationalsozialistischen untergrund

**08.05. 19 Uhr Honigfabrik
nsu-watchProzessbeobachtung**
1 Jahr NSU-Prozess
2,5 Jahre nach Auffliegen des NSU
Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Prozesses.
In deutsch/türkisch

**13.05. 20 Uhr Pollitbüro
V - wie Verfassungsschutz**
mit dem nö theater
Wenn der Verfassungsschutz eine Theatergruppe wäre, würde er dieses Stück mit Sicherheit aufführen, um fest zu stellen, wer im Publikum sitzt.

**05.06. 20 Uhr Buchladen im Schanzenviertel
Staatsschutz in Westdeutschland**
Lesung und Gespräch
mit Dominik Rigoll
Geschichte des VS und Extremismusabwehr nach 1945.

22.08. Halskestraße/Moorfleet
An diesem Tag fand vor 34 Jahren ein rassistischer Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in der Halskestraße/Moorfleet statt.
Bei dem Anschlag starben Ngoc Nguyên und Anh Lân Dô.
Wir werden an diesem Tag eine Gedenkveranstaltung machen - achtet auf weitere Ankündigungen.

##################################

17.05. Überregionaler Blokkupy-Aktionstag in Hamburg
Jetzt nach Hamburg einladen:
Demonstration „Hafencity entern – Elbphilharmonie besichtigen"
(Blockupy Bündnis Hamburg)

Auftakt 12.30 Uhr
Hachmann-Platz (Hauptbahnhof),

Aus dem Aufruf:
Der gemeinsame regionale Aktionstag für Norddeutschland beginnt mit einer Kundgebung am Hamburger Hauptbahnhof. Danach geht es mit einer bunten und lauten Demonstration an verschiedenen Krisenakteuren vorbei in die Hafencity. In diesem herausgeputzten Areal für die Reichen wird augenfällig, wohin die Mittel fließen, die Prekarisierten, Refugees, Familien und Millionen anderer Menschen für ein gutes Leben fehlen. Das Ziel ist die Baustelle der Elbphilharmonie, das weithin sichtbare Symbol für protzige Elitenkultur, Korruption und Verschwendung in Hamburg.
Wie praktisch, dass an diesem Tag dort auch offiziell zu Besichtigungen eingeladen wird ...

22 Jahre Zeck – Rückblick Nr. 3 und 4

Vor 22 Jahren, im März 1992 erschien zum ersten Mal die ZECK. Wir nehmen diese Jährung zum Anlass für einen Rückblick auf die hartnäckige Infozeitschrift der Roten Flora und lassen die politischen Diskussion rund um die linke Szene in Hamburg anhand der Lektüre der damaligen Zeck nochmal Revue passieren.

Zeck Nr. 3, März 1992:

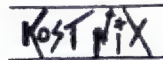
Im Kampf um den Flora-Restpark fordert die Rote Flora das Geld, dass sie im letzten Sommer für die Parkgestaltung ausgab (18.000 DM) von der EGL zurück. Die EGL hatte die Planung nach der Räumung und Zerstörung des Flora Parks übernommen.

Nach einem sexistischem Zwischenfall beim Auftritt einer New Yorker Hardcoreband (Band Yuppicide) entstand die Idee zur Frauenkonzertgruppe.

In der Flora wird eine Diskussion um den offenen Brief der RAF (Beendigung des Widerstandes unter spezifischen politischen Bedingungen) eingefordert.
Die Genossen Knut und Ralf haben zu ihrem Prozess eine Erklärung verfasst. Auf diesen Prozess werden wir aber in einer unserer nächsten Ausgaben noch genauer eingehen.

Im Prozess gegen Annette und Bert wurde ein unerwartet mildes Urteil vorm Amtsgericht gesprochen: Freispruch für Bert und Geldstrafe auf Bewährung für Annette (leider lag ein Formfehler vor, da Bewährung hier nur bis 180 Tagessätze gilt, nicht für 200). Beiden wurde eine Auseinandersetzung mit Zivibullen der Wache 16, die sich drei Tage nach der Räumung des Floraparks abspielte zur Last gelegt. Annette wurde festgenommen und als Bert sich bei der 16 nach ihrem Verbleib erkundigte, auch er. Die Anklage enthielt ein breites Band an Vorwürfen, vom schweren Widerstand, Gefangenenbefreiung, Bildung bewaffneter Haufen bis hin zu gefährlicher sowie versuchter gefährlicher Körperverletzung. Doch die E-Schicht hatte sich nicht gut abgesprochen, verwickelte sich in Widersprüchlichkeiten und die Beweislage blieb dünn.





Ein erster Aufruf zum Weltwirtschaftsgipfel 92 in München (G7) wird veröffentlicht. Zwischen den Inhalten von damals und heute finden sich viele Parallelen. Wir legen euch daher den Aufrufe für das G7 / G8 2015 in Elmau bei Gamischpatenkirchen ans Herz auch um in die Materie einzusteigen!!

Aus einer türkisch-nationale Demo heraus erfolgten Angriffen auf div. kurdische Einrichtungen und das türkische Volkshaus. Aus diesen Ereignissen heraus gründet sich eine deutsch-kurdisch-türkischen Arbeitsgrupp. (Ein Artikel, der in der darauffolgenden ZECK musste allerdings einige allzu verallgemeindernde Darstellungen bezüglich „die Türk_innen" und „die Kurd_innen" korrigieren.

Das Laue-Bündnis rief zum Straßenfest: Seit ca. 1990 standen die Gebäude der Firma Laue leer, Dabelstein kaufte sie und plante mit STEG eine vorwiegend gewerblich genutzte Anlage. Ein kompletter Abriss war schnell geplant, Wohnprojekte wurden abgelehnt, schon gar nicht a.d. „Sahnestück" Schanze 56-62.

Schlussendlich stellt sich noch das Fotokollektiv vor und ein weiterer Artikel widmet sich der „Kritik an die autonome Aasfresserei"

Zeck Nr. 4 vom Juni 1992

Schwerpunkt ist das Thema WWG, Weltbank und GATT, der Widerstand dagegen sowie die Vorbereitungen zu einem Gegenkongress. Außerdem werden diverse Prozessberichte der ZECK-Ausgabe davor weitergeführt.
Es gibt Infos zur Hausbesetzung in Göttingen, Stegemühlenweg 22, sowie eine Erklärung der Öffentlichkeitsgruppe der TeilnehmerInnen des Gegenkongresses zur EXPO in Sevilla über die Repression vor Ort. Leute aus dem Buchladen Yol und dem türkischen Volkshaus schrieben einen Artikel zu den bundesweiten türkisch nationalistischen Demos u. a. dem Verhalten der Bullen, die z.B. anstatt das türk. Volkshaus zu schützen selbst reinliefen und ein Transpi abrissen.
Es gibt einen Hinweis, dass die Florawand fertig gebaut worden sei: „Autonom und



arbeitsscheu bauten wir die Mauer neu". Und auf einer ZECK-Seite stellte sich Radio Loretta als gemischtes Radio vor, das nach einer Spaltung von Radio St.Pauli in die feministische Radiogruppe Radio St. Paula und einen gemischten Rest entstand. Gab es in der Zeck3 noch einen Bericht zum Prozess gegen die alten Antifaschisten Bögelein (zur diesem Zeitpunkt 68 Jahre) und Kielhorn (73), so findet sich in dieser bereits der Bericht zur Urteilsverkündung. Gerade angesichts frei herumlaufender Mördernazis, wie Al¬fred L. aus Har¬sefeld/Oh¬ren¬sen, wollen wir auf diesen Prozess etwas genauer eingehen.
Im Verlauf des Prozesses musste der Haftbefehl gegen Kielhorn aufgehoben werden. Der ihm vorgeworfene „Mord durch Unterlassen" wurde letztendlich als Anstiftung betrachtet, ein Tatbestand, der verjährt.

In sowjetischen Kriegsgefangenenlagern waren 4000 deutsche Gefangene: Nazis (u.a. Reste der „Kurlandarmee" die neben Sonderpolizeikommandos für Massaker an baltische Juden verantwortlich sind) aber auch Antifasschisten. Kielhorn war Leiter einer Antifagruppe unter den Gefangenen eines sowjetischen Kriegsgefangenenlagers, in dem sich auch Bögelein als Deserteur und Kämpfer in einer sowjet. Partisanengruppe befand. Das damalige Schuldbekenntnis von NS-Oberstaatsrichter Kallmerten vor seiner Hinrichtung in diesem Lager wurde sogar vor dem Gericht in HH verlesen.
Schon in den 50er Jahren führte der Landgerichtsdirektor Steckel Ermittlungen im Fall Kallmerten. Steckel war in den letzten Monaten des 3. Reichs am Volksgerichtshof in Postdamm sowie beim NS-Sondergericht in Königsberg Staatsanwalt.

Der 1992 am Landgericht HH sitzende Oberstaatsanwalt Duhn verfasste im Zuge der „Wiedervereinigung" dann die Anklageschrift. Der Antrag der Verteidigung, die Ermittlungen von Steckel nicht einzubeziehen, wurde mit der unglaublichen Begründung abgelehnt, dass Steckel 1950 Landgerichtsdirektor in HH geworden ist und folglich könne er keine gravierenden faschistischen Verbrechen begangen haben. Akten von einem sowjet. Gericht, das damals schon den Fall von Bögelein verhandelte interessierten das Gericht hingegen nicht, mit Aussnahme eines Eingeständnisses von Bögelein, der bereits von dem russischen Gericht auf Bewährung verurteilt wurde. Nahezu die Hälfte der Zeugen waren verurteilte Nazi-Kriegsverbrecher.
Der Richter Erdmann am Landgericht Hamburg folgte im Urteil schlussendlich den Anträgen des Oberstaatsanwaltes Duhn und erklärte am 18.5.92 den Angeklagten Bögelein des 1947 begangenen gemeinschaftl. Mordes für schuldig und verurteilt ihn zu lebenslanger Haft.
Das Urteil wurde in einem mit Mikrofonanlage und Panzerglas ausgestatteten Gerichtssaal und einer Hundertschaft Bullen vor der Tür verkündet. Danach brach Tumult aus und der Saal wurde geräumt.

Leute aus dem Buchladen Yol und dem türkischen Volkshaus schrieben einen Artikel zu den bundesweiten türkisch nationalistischen Demos. (am 4.4.92. ca 26.000 in 4 Städten gegen angebl. Terror der PKK) Neben HH auch in Stuttgart angriffe auf türk und kurdische Linke, In HH im Buchladen Yol eine Scheibe eingeworfen, Fotograf zusammengeschlagen als er das fotografierte. Munzur-Imbiss ebenfalls angegriffen. Als sich die türkischen Faschisten vor dem türk. Volkshaus aufbauten, trat die Polizei (!) die Tür ein, stürmte das Haus und riss das aushängende Solidaritätstransparent herunter „Selbstbestimmungsrecht der Völker – auch für Kurden!".

Öffentliche Erklärung

Lampedusa in Hamburg

Seit fast einem Jahr kämpfen wir in Hamburg für das Recht auf ein menschenwürdiges Leben nach unserer Flucht vor dem NATO-Krieg in Libyen. Seit drei Jahren ist uns jede Möglichkeit verwehrt, zu arbeiten und uns selbst und unsere Familien zu versorgen. Wir blicken zurück auf Jahre des Schwebezustands, zwischen der Hoffnung auf ein neues Leben und der kalten Realität der europäischen Gesetzgebung gegen Flüchtlinge und Migrant_innen, die uns kriminalisiert, zu einem Problem erklärt und das Existenzrecht nimmt.

In Hamburg erlebten wir ein Jahr des Kampfes, zwischen überwältigender Solidarität der Menschen der Stadt und der Ignoranz seitens der Regierenden. Die politisch Verantwortlichen versuchen, die humanitäre Krise in ihrer Stadt einfach auszusitzen und der Öffentlichkeit zu erklären, daß sich das Problem von selbst erledigt habe. Gleichzeitig haben sich regierende Politiker mehrmals bei uns für unseren Beitrag zur kontroversen, lebendigen Diskussion in ihrer offenen Stadt und bunten Zivilgesellschaft bedankt! Dass wir diesen Beitrag als Entrechtete unter Einsatz unserer Existenz leisten müssen, weil uns nichts anderes übrigbleibt, kann ihrem Zynismus keinen Abbruch tun.

Nur durch die praktische Hilfe der Unterstützer_innen des "Solidarischen Winternotprogramms" konnten wir den Winter überleben. Doch diese Solidarität ist auch begrenzt – die privaten Initiativen, Arbeiter_innen, Studierenden, Familien, die an Stelle des untätigen Staates die schlimmste Not linderten, haben keine unendlichen finanziellen Mittel. In gegenseitigem Respekt haben wir zu Beginn vereinbart, dass das "Solidarische Winternotprogramm" nur temporär sein kann und im April enden würde. Damit werden wir Ende diesen Monats wieder mit Nichts auf der Straße sitzen – genau wie vor einem Jahr.

Wir sind unseren Unterstützer_innen sehr dankbar, doch wollen und können wir nicht ewig von ihren Almosen leben. Wir brauchen ein Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis. Doch es gibt keine Entwicklung bei den zuständigen Behörden oder dem Hamburger Senat.
Es wird auf unsere Kosten auf Zeit gespielt. Wir haben das Gefühl, der Senat hofft, dass wir langsam zu Grunde gehen, den Mut verlieren und uns nicht mehr wehren. Doch wir vergessen nicht wer wir sind und weshalb wir hier in Europa gestrandet sind. Wir sind der lebende Beweis der Folgen des NATO-Krieges in Libyen, eines als "humanitäre" Intervention getarnten Angriffs auf unseren Kontinent Afrika. Wir sind auch der lebende Beweis dafür, dass Europa sein Versprechen vor der ganzen Welt bricht: In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist zwar verankert, daß sie sich „auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität" gründet (Präambel). Die Toten von Lampedusa und die Überlebenden der europäischen Flüchtlingspolitik erzählen von einem ganz anderen Europa, einem Europa von unten.

Wir leisten jeden Tag Widerstand, genauso wie zahllose andere Geflüchtete und Migrant_innen in ganz Europa. Wir sind hier und müssen unsere Geschichten erzählen. Unser Kampf wird weitergehen und wir rufen Alle dazu auf, uns zu unterstützen, egal wie lange es dauert. Das hier ist ein gemeinsamer Kampf und alle müssen einen Beitrag leisten um die Welt solidarischer und gerechter zu machen.

Gruppe "Lampedusa in Hamburg",
19. März 2014



Die Stadt gehört Allen - Wagenplatz Borribles bleibt!!

Der Bauwagenplatz Borribles ist akut von städtischen Bauprojekten bedroht -
Schluss mit profitorientierter Stadtplanung. In Barmbek und überall!

Wir alle kennen es: in Hamburg orientiert sich Stadtplanung an den Logiken von Standort & Verwertbarkeit. Da werden Prestigeobjekte wie die Elbphilharmonie mit unendlich steigenden Millionen-Beträgen realisiert & die Esso-Häuser dem Verfall preisgegeben, da soll St. Pauli zum Business Improvement District und Wilhelmsburg vom Problemviertel zur Perle der geplanten Gentrifizierung heranreifen. Und all dies geht damit einher, dass Menschen die keine kaufkräftige Kundschaft darstellen, aus der Innenstadt vertrieben werden, Mieter_Innen mit geringem Einkommen die zentralen Viertel verlassen müssen und Menschen mit ihren Wünschen einfach überplant werden. So ist günstiger Wohnraum mittlerweile Mangelware.

Doch anstatt leerstehende Büroflächen in Wohnraum umzuwandeln oder wirklichen sozialen Wohnungsbau zu betreiben, nutzt der Bezirk Nord die Wohnungsnot nun als Argument für die Vertreibung des Wagenplatzes Borribles und vieler Kleingärten im Norden Barmbeks im Namen „bezahlbaren Wohnraums".

Die Stadtverdichtung nach ökonomischen Gesichtspunkten ist auch in Barmbek nichts Neues. In direkter Nachbarschaft zum Wagenplatz Borribles befindet sich das Quartier 21, wo seit kurzem die Aufwertung der nördlichen „Fuhle" durch die Luxussanierung der Altbauten auf dem Gelände des AK Barmbeks eindrucksvoll zu beobachten ist. Ein kleines Stückchen weiter wird mit der „Parklane" ebenfalls Neubau für den gehobenen Mittelstand realisiert. Die Stadt Hamburg hat hier auf einmal eine „Premiumlage" entdeckt, welche es noch auszuschöpfen gilt.

Dazu soll sich jetzt das „Pergolenviertel" gesellen, in welchem 1400 Wohneinheiten geplant sind. Geworben wird mit günstigem Wohnraum und gemischter Bewohnerzusammensetzung - doch auf verbindliche Zahlen hierzu legt sich die Stadt nicht fest! Und so steht zu befürchten, dass wieder einmal eher den Investoreninteressen, als den Notwendigkeiten günstigen Wohnraums entsprochen wird. Und selbst wo eine Mietpreisbindung im neuen Bauvorhaben zum Tragen kommen sollte wird sie lediglich 15 Jahre betragen. So kann öffentlich gefördert gebaut werden und wenn sich die Gentrifizierungsprozesse endgültig bis in die nördlichen Bezirke von Hamburg ausgebreitet haben, dann können die Investoren die Mieten anziehen. Noch immer fallen jährlich deutlich mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung als neue entstehen. Leere Versprechen kennen wir also schon und können sagen: eine Soziale Wohnungspolitik sieht anders aus!

Ekelhaft finden wir darüber hinaus, wie die Stadt für das Pergolenviertel ein Beteiligungsverfahren inszeniert in welchem es nichts zu entscheiden gibt.
Was wir bräuchten ist aber keine „Stadtplanung von oben", sondern eine Entwicklung von Stadt für alle, durch echte partizipative Strukturen – und ohne Grenzen, Ausschlüsse und Profitmaximierung. Aber dies fällt nicht vom Himmel, sondern kann sich nur in gesellschaftlichen Konflikten entwickeln, wie in den Auseinandersetzungen um die Rote Flora, dem Kampf der Lampedusa Aktivist_Innen für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht oder auch den Auseinandersetzungen um die Hamburger Wagenplätze.

Denn für uns gehört zu dem Begehren nach anderen Formen von Stadt und Zusammenleben auch Platz für andere Wohnformen. Dafür wurden die Hamburger Wagenplätze durch Besetzungen und politische Aktionen erkämpft.
Doch immer wieder werden Wagenplätze als ordnungspolitisches Problem behandelt und sind nach wie vor durch das Hamburger Wagengesetz kriminalisiert. Im Wahn einer übertriebenen law-and-order-Politik wurden die Wagenplätze Bambule, Schütze, Paciusweg & Wendebecken geräumt. Und obwohl es die Gruppe Zomia im Jahr 2012 geschafft hat einen neuen Wagenplatz durchzusetzen, wohnen immer noch viel mehr Leute in Hamburg die im Wagen leben wollen, als es Plätze gibt. Das hamburger Wagengesetz muss weg!

In einer Stadt, in der jeder Quadratzentimeter gewinnbringend genutzt werden muss, werden die Brachflächen und leer stehenden Häuser seltener. Und damit auch die Nischen, die Vielfalt, das Abweichende, welche die Stadt erst zur Stadt machen. Wir wollen ein Leben jenseits der mit der Nagelschere geschnittenen Rasenkanten, der Wohnschachteln in anonymen Silos oder dem Zwang, mindestens die Hälfte unserer Arbeits- und Lebenszeit nur für die Unterkunft zu schuften! Wir lösen uns nicht in Luft auf und wir lassen uns von leeren Versprechungen der Stadt auch nicht einschläfern. Der Wagenplatz Borribles wird keinesfalls ohne eine gute und langfristige Alternative umziehen, sonst bleibt er wo er ist!

Doch in den bisherigen Verhandlungen mit der Stadt wurde keine adäquate Ersatzfläche vorgeschlagen. Und obwohl vom Bezirk zunächst eine zweijährige Vertragsverlängerung in Aussicht gestellt wurde, verweigert die Stadt aktuell alle weitere Kommunikation und Verhandlung. Seit Anfang des Jahres hat der Wagenplatz Borribles nun keinen Vertrag mehr!!

Wir sind nicht mehr bereit diesen ungeklärten Zustand und die Bedrohung eines weiteren Wagenplatzes in Hamburg hinzunehmen – der Wagenplatz Borribles braucht eine vergleichbare, gut geeignete und wirklich langfristige Perspektive – sonst bleibt er wo er ist! Wir haben eine Stadt- und Wohnungsbaupolitik satt, welche sich nur an den Logiken kapitalistischer Standortkonkurrenz orientiert und dabei Erholungsräume, Nischen und die Bedürfnisse der Menschen einfach platt walzt.
Helfen wir der Stadt gemeinsam auf die Sprünge!

Kommt zur Demo am 14.06.2014, 14.30 Rote Flora Bringt eure Trecker, LKWs und Kinderwägen mit!

Infoveranstaltung mit Kneipe am 30.05. um 19.00 auf Borribles, Hebebrandstr.2a

Der Hauptfeind ist das eigene Land! Antinationale Trilogie 2.0

Ab Mai wird die Gruppe gegen Kapital & Nation Hamburg eine zweite Reihe in der Roten Flora veranstalten. Unter dem Titel „Der Hauptfeind ist das eigene Land" wollen wir uns mit der Kritik an Deutschland, deutscher Staatsräson und deutschem Nationalismus beschäftigen.

Immer 19.00 Rote Flora, danach Kneipe.



08.Mai:
Agenda 2010 ff.

Noch Anfang der 2000er galt Deutschland als der „kranke Mann Europas". Die Iron Lady zum Vorbild wurde mit Hartz-Reformen und Agenda 2010 der Standort saniert. Rot-Grün besiegte mit deutscher Bausparmentalität (MIA.) die spätrömische Dekadenz noch bevor Guido Westerwelle sie erfinden konnte. Heute ist Deutschland Krisengewinner. Was ist da passiert?
Die Agenda 2010 ist der standortlogische Stechschritt gen Weltmarkt. Indem Deutschland die rechtlichen Rahmenbedingungen des Klassenkampfes neu justierte, setzte es die Absenkung des nationalen Lohnniveaus in Gang. Die Agenda 2010 war eine staatliches Verarmungsprogramm, ein Angriff auf die prekären Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Als solcher war sie das rationale Mittel eines Staats, der mit der Teilnahme an der Weltmarktkonkurrenz die Potenzen seiner Machtgrundlage, das nationale Kapital und senie Währung, entfalten will.
Allerdings geriet der Staat darüber in einen Widerspruch. Einerseits soll möglichst effiziente Ausbeutung stattfinden, um in der Standortkonkurrenz zu gewinnen. Andererseits soll ein nationales Lohnniveau auch für die sozialstaatliche Instandhaltung arbeitsloser Teile der Arbeiterklasse taugen. Die Einführung des Mindestlohns stellt den Versuch dar diesen Widerspruch aufzuheben.

05.Juni:
Eurokrisenregime und Weltmacht

Deutschlands Weg im Konzert der Mächte ordentlich mitzuspielen geht seit dem verlorenen zweiten Weltkrieg bislang so:
Was die Gewaltfragen in der Welt angeht, verlässt sich Deutschland weitestgehend auf die NATO, insbesondere auf die USA. Ergebnis der entschiedenen Gewaltfragen ist im Großen und Ganzen ein freier Weltmarkt, und auf diesem versucht Deutschland als Wirtschaftsmacht an Größe und Einfluss zu gewinnen.
Als Exportweltmeister hatte Deutschland es geschafft, eine der wenigen frei handelbaren Weltwährungen herzustellen, die Deutsche Mark. Um aber dem Dollar als Weltgeld Konkurrenz zu machen, war die Produktion, der Handel und das Finanzgeschäft unter dem Dach der deutschen Hoheit zu klein. Die Deutsche Mark wurde zugunsten des Euro aufgegeben, um zusammen mit den europäischen Partnern, eine echte Alternative zum Dollar zu schaffen.
Dieses Projekt ist in die Krise geraten, was definitiv nicht der Wunsch der deutschen Regierung war. In der europäischen Krise hat Deutschland aber seine wirtschaftliche Vormachtstellung innerhalb der Euroländer benutzt, um sie weiter auszubauen.
Auf der Veranstaltung soll dieser Entwicklungsweg verständlich für Leute ohne Vorwissen erläutert werden. Darüber hinaus sollen folgende Fragen behandelt werden:
Welche Fortschritte hat es bei der Installation eines europäischen Aufsichtsregimes (Troika) über die einzelnen Staaten des Euro-Raumes gegeben und welcher Logik folgen sie? Welche Fortschritte hat es bei der Verelendung der Massen gegeben und wozu dient die neue absolute Armut im Währungsraum?
Wenn nach den Diskussionen Zeit bleibt, kann auch noch folgende Frage diskutiert werden: Was ist von dem Vergleich zwischen Merkel und Hitler zu halten, der bei manchen Protesten im Ausland auf Demos präsent war?

10.Juli:
Deutscher Nationalismus

Ankündigungstext wird in den nächsten Wochen veröffentlicht!

Aktuelle Infos zu Veranstaltungen sowie Texte von Gruppen gegen Kapital & Nation findet ihr unter:
www.gegner.in
Die Hamburger Gruppe ist auch auf facebook.

P.S.: Beachtet außerdem die Thesen zum Rechtsruck von GKN in dieser Zeck!

Thesen zum Rechtsruck in Europa



Zuerst veröffentlicht als Flyer auf dem Kongress „Antifa in der Krise?!" in Berlin (11.-13.4.2014).

In jeder bürgerlichen Nation gibt es faschistische Parteien. Manchmal sind sie über lange Perioden bedeutungslos, aber es gibt sie immer. Politisch organisierte Leute, die die eigene Nation durch die Regierung ausverkauft sehen, weil diese das Volk in ihren Augen falsch bewirtschafte, also die „Falschen" zulässt, die „Eigenen" zu lasch regiert und so Leistungswille und Anstand untergräbt. Und wo Regierungen sich mit Wirtschaftsverträgen und Bündnissen vom Ausland abhängig machen, weil sie genau darin eine Stärkung der eigenen Nation sehen, entdecken Faschisten einen Ausverkauf des Vaterlandes.

Diese Sichtweise der Faschisten wird durch die demokratischen Parteien ständig bestärkt. Keine demokratische Partei gibt den Standpunkt auf, dass man gegenüber „Ausländer_innen" skeptisch sein muss. Selbst dort, wo sie z.B. eine Liberalisierung des Ausländer- oder Einbürgerungsrecht anstreben, unterstreichen sie noch, dass es dabei schwer darauf ankommt, die Ausländer_innen zu „integrieren". Sie unterstellen, dass es ihnen (noch) an dem Patriotismus fehle, den die „Ureinwohner_innen" doch bereits mit der Muttermilch aufsaugen würden. Keine demokratische Partei verzichtet darauf, mangelnde Moral in der Bevölkerung auszumachen, wenn mal wieder eine „Steuerhinterzieherdebatte" oder „Sozialschmarotzerdebatte" ansteht. Keine demokratische Partei verzichtet darauf, bei neuen internationalen Verträgen, herauszukehren, dass sie wirklich der eigenen Nation dienen – und präsentieren damit die Kehrseite der Medaille: Man müsse ständig aufpassen, dass die Nation nicht unter die Räder der anderen Nationen gerät. Nicht zuletzt lebt die parlamentarische Demokratie davon, dass sich die Parteien wechselseitig Versäumnisse vorwerfen, das Vaterland nach vorne zu bringen. Oder härter: Die Nation durch politische Misswirtschaft nach hinten zu werfen. All diese Standpunkte gibt es in jeder gelebten Demokratie. Die Faschisten greifen sie auf und radikalisieren sie.

In der EU und in dem Euroraum haben sich Nationen zusammengeschlossen, die mithilfe der EU ihre Nation zu mehr Macht verhelfen wollten. Deutschland z.B. wollte seine Weltmachtposition ausbauen. Andere Länder, insbesondere die der sogenannten Südschiene, wollten ihre Volkswirtschaften aus Agrarstaaten zu entwickelten kapitalistischen Gesellschaften machen. Beide Kalkulationen schienen bis 2007 aufzugehen. Mit der Finanz- und der Staatsverschuldungskrise ist beiden Kalkulationen ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Die Länder der Südschiene müssen sich einem nationalen Abwrackprogramm unterwerfen, damit sie weiterhin Eurokredit bekommen – ohne irgendeine Entwicklungsperspektive. Deutschland will den Verlierern der Krise nicht viel Geld geben, weil sie derzeit keinen Beitrag zum Projekt „mit der EU zur größeren Weltmacht Deutschland" abgeben.
In der Öffentlichkeit sind es zunächst die demokratischen Parteien, die in ihren politischen Bilanzen den Zweifel aufwerfen, ob das alles so richtig war in der Vergangenheit – gerade wenn sie sagen: „trotzdem weiter so". Die faschistischen Parteien haben den Zweifel schon immer zur Gewissheit radikalisiert und gesagt, dass die ganze EU und Eurozone ein Ausverkauf nationaler Interessen wäre.

Die eine Grundlage des faschistischen Erfolges besteht also darin, dass die politische Elite zum Schluss kommt, dass zentrale nationale Berechnungen nicht aufgehen.
Damit faschistische Parteien erfolgreich werden, gehört zweitens das Volk dazu. Die Masse hat keine Ahnung, worum es bei dem Euro und den Finanzmärkten genau ging und geht. Dass man für den Erfolg der Nation seinen Gürtel enger schnallen muss, war und ist den Bürger_innen eine patriotische Selbstverständlichkeit – wenn es ihnen plausibel erscheint, dass die Einschränkungen ihres Lebens der Nation zur von der Politik versprochenen Größe verhelfen. Aus demselben Grund gab und gibt es größere Massenproteste in manchen Ländern, weil viele Leute gar nicht einsehen, wie die Strukturanpassungsprogramme der Nation zu neuer Größe verhelfen sollten, wo sie doch zudem in ihren Augen bloß vom Ausland aufgeherrscht wären.

Wenn größere Teile des Volkes es plötzlich plausibel finden, ihre Stimme den faschistischen Parteien zu schenken, dann garantiert nicht, weil sie gemerkt haben, dass der national organisierte Kapitalismus ihnen nur Schwierigkeiten in Sachen Bedürfnisbefriedigung einbringt. Worauf sie sich aber unerbittlich ein Recht einbilden, ist der Erfolg der Nation selbst. Wenn der in Frage steht, dann werden sie als Untertanen anspruchsvoll und vertrauen zunehmend auf Parteien, die ihnen versprechen, unerbittlich für moralischen Terror und konsequentes Gürtel enger schnallen einzustehen – und sich dabei vom Ausland gar nichts vorschreiben lassen.

Antifaschistische Politik bleibt hilflos, wo sie versucht, mit bürgerlichen Parteien zusammen zu arbeiten und dafür deren „Argumente" (z.B. „aber Ausländer oder die EU sind doch nützlich für die Nation") in den Bündnissen ignoriert oder sogar mitträgt. Denn diese bürgerliche „Werbung", doch den Faschisten nicht hinterher zu laufen, enthält den kompletten Nährboden für das Pack. Gefragt ist dagegen die Kritik an Menschen, die in dem Erfolg der Nation in guten wie in schlechten Zeiten ihren Gradmesser für Zufriedenheit und Unzufriedenheit haben, anstatt zu fragen: Wie komme ich hier eigentlich vor, wenn Leute über mich herrschen.

Gruppen gegen Kapital & Nation
im April 2014
www.gegner.in

Dokumentation

Die Aktionen gegen den Senat Hamburgs und die SPD werden so lange weitergehen, bis die Forderungen der „Lampedusagruppe" erfüllt sind...

Am 03.03.2014 haben wir die Wohnhäuser der zweiten Bürgermeisterin und Wissenschaftsenatorin Dorothee Stapelfeldt in der Flemingstraße 4 und des innenpolitischen Sprechers der SPD Bürgerschaftsfraktion Arno Münster in der Carsten Rehder Straße 50 mit Farbbeuteln und Steinen markiert. Stapelfeldt ist eine erfahrene Strippenzieherin im inner circle der Hamburger SPD und als Mitglied der Regierung unterstützt sie die kompromisslose rassistische Haltung gegen über den Flüchtlingen aus Libyen.
Münster hat während der Zunahme der Kontrollen im Oktober 2013 den Vorwurf, es handle sich um rassistische Maßnahmen, als unwahr zurückgewiesen. Er rechtfertigte die aggressive Vorgehensweise des Innensenators gegen die Flüchtlinge ebenso wie den Polizeieinsatz gegen die Demonstration am 21.12. und die Einrichtungen des Gefahrengebietes nach dem Märchen eines zweiten Angriffs auf die Davidwache.
Die „Lampedusagruppe" hat sich dem Verstreichen des Ultimatums der Innenbehörde ihre Forderungen mit mehreren großen Demonstrationen auf die Straße und in die öffentliche Debatte gebracht. Der Hamburger Senat ignoriert ihr Verlangen nach direkten Gesprächen und täuscht die Öffentlichkeit mit Unwahrheiten: Der Kampf der Flüchtlinge habe sich quasi erübrigt, da alle jetzt in Wohnunterkünften der Kirche lebten und sich einer Einzelfallprüfung unterzögen. Einige hätten die Hansestadt verlassen und die Zahl von 300 Protestierenden wäre sowieso total übertrieben gewesen...
Tatsache ist, dass die „Lampedusagruppe" aus über 300 Menschen besteht, die in verschiedenen von UnterstützerInnen zur Verfügung gestellten Quartieren, den Winter hinter sich gebracht haben. Nach wie vor kämpfen sie dafür, ihren Aufenthalt in Hamburg durchzusetzen.
Bürgermeister Scholz rühmt sich, die modernste Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik in Deutschland umzusetzen.
Tatsache ist, dass die Abschiebezahlen seit 2011 Jahr für Jahr steigen, dass die Ausländerbehörde immer noch nächtliche Überfallabschiebungen durchführt, wobei auch Familien getrennt werden, dass sich Hamburg an Sammelabschiebungen nach Serbien beteiligt. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein und Bremen sah Hamburg keine Veranlassung zu einem Abschiebemoratorium für Südosteuropa in diesem Winter. In der Arbeitsgruppe der Bundes-SPD, die Eckpunkte bezüglich einer Flüchtlingspolitik für das Regierungsprogramm 2013 erarbeitete, fielen die Hamburger VertreterInnen (u.a. Fraktionschef Dressel) durch eine Blockadehaltung z.B. hinsichtlich der Abschaffung der Residenzpflicht auf. Hamburgs VertreterInnen hatten Sorge, dass die Hansestadt eine zu große Anziehungskraft für die Flüchtlinge bekommen könnte.
Dementsprechend versucht der Senat, den aktuellen Konflikt auszusitzen und hofft, dass dem Protest der Atem ausgeht.
Das wird jedoch nicht geschehen. Die Bürgerschaftswahl nähert sich geschwind und die Mehrheit der SPD beginnt zu bröckeln...

Es bleibt dabei: Druck machen! Und den Aufenthalt der „Lampedusagruppe" durchsetzen"





Angriff auf das chilenische Konsulat in Hamburg

In der Nacht des 15.03.2014 wurde das chilenische Konsulat Hirschgraben 30 in Hamburg mit Steinen angegriffen. Ein Ausdruck von Solidarität mit den Rebellen, die auf den Straßen, hinter Gittern, in den Nächten von Chile kämpfen!
Sebastian Overssluij PRESENTE!
Am 11. Dezember 2013 wurde der Anarchist Sebastian Overssluij bei einem Überfall auf eine Bank in Santiago de Chile von einem Wachmann erschossen.
Ein Stück Normalität in einer Welt, in der Besitz und Geld mehr wert sind als Leben. Wut und Trauer zu Widerstand!

Alfonso Alvia y Hermes Gonzales A LA CALLE!
Alfonso Alvia und Hermes Gonzales wurden am selben Tag festgenommen und werden beschuldigt zusammen mit Sebastian den Überfall begangen zu haben.
Solidarität mit ihnen!

Tamara Sol Farías Vergara A LA CALLE!
Tamara Sol Farías Vergara ist eingesperrt und angeklagt, da ihr vorgeworfen wird aus Rache für Sebastian einen Bankwachmann niedergeschossen und verletzt zu haben.
Kraft und Solidarität für sie!

Freiheit den Gefangenen!
Es lebe die Anarchie!

Krieg beginnt hier, wo die Drohnen fliegen

Die Kampagne 'Krieg beginnt hier', hat eine erfreulich breite Resonanz mit vielfältigen Aktionen gefunden. Wir schlagen vor, Drohnentechnologie und deren Datenlieferanten in diese Kampagne einzubeziehen und verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Krieg beginnt hier...

Die Kampagne 'Krieg beginnt hier', hat eine erfreulich breite Resonanz mit vielfältigen Aktionen gefunden. Wir schlagen vor, Drohnentechnologie und deren Datenlieferanten in diese Kampagne einzubeziehen und verstärkt in den Fokus zu nehmen.

...wo die Drohnen fliegen

Als Spielzeug für den Mann erobern Drohnen und Minihubschrauber die Kleingärten und Liegewiesen, die Wohnblöcke und Garageneinfahrten. Vom sogenannten Smartphone, Tablet-Computer oder einem anderen tragbaren Multifunktionskommunikator gesteuert, mit einer Kamera ausgestattet, gelingt endlich der Blick über den Gartenzaun bis zum Tellerrand. Diese Drohne kommt als harmloses Vollstreckungsinstrument männlicher Allmachtsphantasie daher. Sie ist ja nur ein Spielzeug.

Als Lebensretter für Feuerwehr und Rettungsdienst schweben Drohnen über Katastrophengebieten, Brandruinen und Massenkarambolagen. Mit Wärmebildkamera und CO^2-Messgerät ausgestattet, gelingt es endlich, einen Überblick zu erhalten, wo vorher keiner war. Diese Drohne tut nur Gutes, oder? Sie ist ein Lebensretter.
Als Elendsüberflieger für die Medien erheischen die fliegenden Wunderdinger Einblicke in von Monsterwellen überflutete Gegenden. Sie sind noch direkter dabei, wenn Amokläufer und Prominente gejagt werden. Kameras für den Live-Kick sind selbstverständlich. Diese Drohne dient der Informationsvielfalt und der Pressefreiheit. Sie ist ja nur ein fliegendes Kamerastativ.
Als Diebstahlsicherung, Graffityschutz und Arbeitsüberwachung nutzen ganz normale Firmen Drohnen. Die Bahn nutzt sie, die Stromnetzbetreiber, der Wachschutz... Alles zu unserer Sicherheit. Der Chef muss über alles Bescheid wissen, denn es es geht um Arbeitsplätze. So dient die Drohne letztendlich nur dem Arbeitsplatzerhalt. Es ist ja nur zu unserem Besten.
Über der Castorstrecke, über dem Fußballstadion, über dieser und jener Demonstration, über der Partymeile, über der viel befahrenen Kreuzung, über dem Protestcamp, über den Katastrophengebieten, Bahngeländen, 'Problemvierteln', den Dieb_innen und denen, die was zu verbergen haben, schweben die Drohnen der Polizei - freundlich helfend. Sie dienen ja nur unserer Sicherheit.

Militär und Geheimdienste einiger Staaten können aus 15 Kilometern Höhe ganze Kleinstädte mit einer einzigen Drohne überwachen, alle Bewegungen verfolgen, speichern und auswerten, heranzoomen, Menschen identifizieren, Nacht und Tag, die Wohnblöcke und Kleingärten, die Brandruinen, die Katastrophengebiete, die Bahngelände, den Problemmenschen auf dem Markt im Problemviertel der Problemstadt. Kein Problem. Mit Raketen bestücken ist kein Problem. Mit ihnen zu töten - kein Problem.



Die zivile und militärische Nutzbarkeit von Drohnen verwischt. Die spielerische, die tötende, die beobachtende und die helfende Funktion von Drohnen verweht das schlechte Image, das sie dereinst hatten. Durch die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz wird so auch der Kriegseinsatz von Drohnen problemlos möglich.
Kriegsdrohnen sind Waffen, gleichgültig ob sie bewaffnet fliegen oder nicht. Diese Drohnen, teilweise in der Größe von Verkehrsflugzeugen, operieren in kaum erreichbaren Höhen, unsichtbar für die am Boden Gebliebenen und kaum zu hören. Sie werden von Täter_innen gesteuert, die tausende Kilometer entfernt in ihren Büros sitzen, die hinter dem Schutzschild der Technologie und der nicht spürbaren Entfernung zu ihren Opfern keine Empathie entwickeln können. Moralische und politische Verantwortung wird ins Nichts delegiert.
Von Drohnen abgefeuerte Raketen treffen schon jetzt Hochzeitsgesellschaften in Afghanistan, Marktplätze in Pakistan, Wohnhäuser in Somalia. In den letzten Jahren wurden über 3000 Menschen durch Drohneneinsätze ermordet. Viele Menschen sind traumatisiert von der Angst aus dem Nichts getroffen zu werden. Sie vermeiden Kontakte zu Nachbar_innen und Freund_innen, gehen kaum mehr auf die Straße, in die Gärten und auf die Felder. Sie isolieren sich in der hilflosen Hoffnung, so besser geschützt zu sein.

...wo die Drohnen entwickelt werden

Die Industrie zur Herstellung von Drohnen boomt. Nicht nur in den USA oder Israel, wo die deutsche Regierung ihre kauft. Bisher. Denn auch die hiesige Industrie will an dem auf lange Zukunft sicheren Drohnenhype mitverdienen. So entwickelt zum Beispiel die Firma Thielert Aircraft Engines (TAE) Dieselmotoren für Drohnen, die besonders geräuscharm sind. Damit die Nachbar_innen nicht gestört werden? Oder damit ihnen niemand entkommen kann? Das Penzberger Unternehmen EMT fertigt Klein-Drohnen für die Bundeswehr. An der TU München werden Navigationsverfahren, Raketen und Drohnen erforscht. Denn Bundeswehr und Polizei rüsten auf, um Drohnen in Städten gegen Unruhen einsetzen zu können. Denn wer die Städte

kontrolliert, „wird die Richtung zukünftiger Ereignisse in der Welt diktieren", wie der Kriegsforscher Dickson zu wissen glaubt.

... wo mit Drohnen geübt wird

Genau dies wird auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark bei Magdeburg geübt. Ab 2016 in der neuen Übungsstadt Schnöggerburg. In über 500 Gebäuden, einer U-Bahn, einem Flughafen, und allem was sonst noch zu einer Stadt gehört, trainieren die Soldat_innen Aufstandsbekämpfung. Dort werden in Zukunft Minidrohnen eingesetzt, die, klein wie Insekten, im Schwarm auch noch die letzte Ecke eines Hauses erfassen können.
Die bewaffneten Drohnen werden jedoch nicht nur von Mini-Drohnen mit Informationen versorgt.

...wo die Drohnen gefüttert werden

Drohnen werden mit dem Extrakt aller Informationen versorgt, die anfallen. Alle Informationen, die gesammelt, erspäht, erschnüffelt, und bereitwillig hergegeben werden, landen im Zweifelsfall am Ende, zum Tötungsbefehl transformiert, im Bordcomputer. Alle Daten? Alle Daten. Drohnen können sich auch selbst füttern, indem sie SIM-Karten und W-LAN Zugänge selbsttätig auslesen.
Deutsche Universitäten arbeiten an Programmen, die das Ziel haben, Datenspuren der Nutzer_innen von z.B. Google und Facebook zu erfassen, sie mit 'normalem' Verhalten zu vergleichen und aus den Abweichungen den/die 'Feind_in' zu extrahieren. Mit dem Ergebnis dieser Algorithmen arbeiten dann auch Drohnen. Die USA haben bereits per Drohne einen Menschen getötet, der aufgrund von statistischer Computeranalyse als verdächtig galt. Seine Handynutzungsgewohnheiten waren nicht 'normal'. Er hatten öfter als üblich die SIM-Karte und das Handy gewechselt. Wer die getötete Person tatsächlich war, ist zum Zeitpunkt ihrer Ermordung nicht bekannt gewesen.
Oft wird vermutet, dass die Rechner nicht in der Lage seien, den gigantischen Datenwust der millionenfach mitgeschnittenen 'sozialen' Medien, Emails, Browser- und Mobilfunkdaten zu verarbeiten. Seit den Enthüllungen des Edward Snowden erübrigt sich diese Vermutung. Das Gegenteil ist der Fall: je mehr Daten erfasst werden, desto sicherer kann die Abweichung bestimmt werden. Keith Alexander, der Chef der NSA, hat es auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen den Heuhaufen, um die Nadel zu finden". Eines ist klar: Wir alle sind ein Teil dieses Heuhaufens und somit der Überwachungs- und Mordmaschinerie. Wer glaubt, nichts zu verbergen zu haben, macht sich zum/r aktiven Unterstützer_in, weil genau dieser Haufen an Informationen nötig ist, um überhaupt erst die Nadel, den/die Feind_in, zu konstruieren, zu definieren, zu finden und auszuschalten.



Zudem geht hier der Zwang zur ökonomischen Selbstoptimierung nahtlos in die repressive Datenerfassung über. Denn wir leisten mit jedem Halm, den wir auf den Heuhaufen legen, unbezahlte Arbeit für Regierung, Geheimdienste, Militärs und monopolistische Konzerne.
Die ungeheure Datenmenge, die zudem von den Drohnen selbst gesammelt wird, kann nahezu in Echtzeit auf Rastermerkmale durchforstet werden. Die Analyseergebnisse aus den angefallenen Daten sind in der Regel von Menschen nicht zu verifizieren und damit auch nicht zu korrigieren. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird eine Rechenmaschine selbstständig den Befehl zum Töten geben – leidenschaftslos, ohne Exzesse oder Skrupel. Die Drohne ist Teil einer digitalen Maschinerie, die zugleich Ermittler, Richter und Henker ist.

...let's stop it here!

Markieren, blockieren, sabotieren – auch gegen den Komplex der Datenerfassungs- Überwachungs- und Drohnentechnologie gibt es viele Handlungsmöglichkeiten.
Eine weitere liegt auf der Hand: keine – eigenen – Spuren im Netz hinterlassen! In einer Zeit, da elektronische Maschinen beginnen, Beziehungen zu Menschen zu ersetzen, scheint das nicht leicht. Alle neuen Fernseher verbinden sich zum Beispiel, von den Zuschauenden unbemerkt, mit dem Netz und melden, was gerade geguckt wird. Viele deutsche Sender lassen diese Daten von Google auswerten. Spielekonsolen vermelden alle Aktivitäten in die Konzernzentralen – und damit an Regierungen, Geheimdienste und Militärs. Mit einer Kamera am Gerät wird der Mensch als Datenressource identifiziert und ausgeplündert. Kaum vorstellbar, das hier noch ein Ort ist, an dem sich Widerstand entwickeln kann. Kaum vorstellbar, dass sich Menschen dem verweigern können.

Aber Widerstand entwickelt sich über soziale, persönliche Beziehungen. Es macht lebendig, nicht bis ans Lebensende zum Halm im Heuhaufen degradiert zu sein. Es macht lebendig, unerfasst und unberechenbar zu sein und sich der digitalen Kolonisierung unserer Körper zu widersetzen. Es gibt viel auszuprobieren. Dass wir im Raster auffallen, wenn wir versuchen aus dem Raster zu fallen? Das lässt sich leider schwer vermei den. Aber wir werden einen Umgang damit erlernen, damit wir Krieg hier markieren, blockieren und sabotieren können. Krieg beginnt hier – hier wollen wir ihn stoppen.

Drohneneinsatzzentralen, Drohnenproduktion und Drohnentechnologie, markieren, blockieren, sabotieren!
Gib deine Daten nicht den Konzernen und Regierungen!
Smartphones, Tablets und andere Spionagegeräte in die Mülltonne!
Mach dich nicht selbst zu einem vertrokkneten Grashalm!

Ein Graswurzelhaufen

ALLE ODER NIRGENDS!

Räume und globale Bewegungsfreiheit erkämpfen!

Aufruf zum 36. BUKO-Kongress in Leipzig vom 29.05.-01.06.2014

Soziale Bewegungen verändern permanent die scheinbar klar abgesteckten Räume der Gesellschaft. Die starken Proteste gegen die kapitalistische Stadt und für Bewegungsfreiheit sind dabei zwei Beispiele, die heute sehr präsent in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Gleichzeitig fällt es jedoch auch hier schwer, über die Szene hinaus zu mobilisieren und nachhaltige Veränderungen anzustoßen. Neue Vorschläge, die über kleinere kosmetische Korrekturen hinausgehen und einen grundlegenden Gesellschaftswandel einfordern, sind kaum präsent. Auf dem 36. BUKO Kongress in Leipzig werden kritische Analysen und die notwendigen Kämpfe im Fokus stehen. Wir wollen nach Auswegen aus dem Bestehenden fragen. Die alleinige Erkenntnis der Existenz kapitalistischer Unterwerfung wird für uns kein Argument gegen eine emanzipatorische Zukunft sein.

Transnationale Mobilisierung gegen internationale Grenzregime

Die zunehmende Militarisierung der EU-Außengrenzen und die stetig ausgeweiteten Kooperationsvereinbarungen mit den anliegenden Staaten zielen auf eine Abschottungspolitik, die täglich neue Opfer fordert. Gleichzeitig spiegelt auch der Klimawandel rassistische und postkoloniale Strukturen eines ungerechten globalen Herrschaftsverhältnisses wieder. Selbst für die Menschen, denen die Flucht gelingt, endet die erhoffte selbstbestimmte Arbeits- und Wohnortwahl in vielen Ankunftsländern in Isolationslagern, Abschiebeknästen und rassistischem Alltagsterror. Der erste Themenschwerpunkt »Rassismus und Migration« wird sich dieser Problematik annehmen: Neben der Reflexion der eigenen politischen Praxis und einem thematischen Austausch soll der BUKO.36 als ländergreifender und internationalistischer Kongress das Gespräch zwischen den unterschiedlich gelagerten Bewegungen ermöglichen. Erst damit ist aus unserer Perspektive eine transnationale Mobilisierung gegen internationale Grenzregime denkbar.

Marginalisierung, Verdrängung, Kontrolle: urbane Grenzen überwinden!

Die Spaltung in wirtschaftlich erfolgreiche und abgehängte Städte, neue urbane Sicherheitsregime und rassistische Polizei- und Kontrollpraxen, sowie steigende Mieten und marktförmiges Wohnen, Verdrängung und Privatisierung des öffentlichen Raums machen die soziale Realität in der kapitalistischen Stadt aus und bilden den Übergang zum zweiten BUKO-Themenschwerpunkt »Recht auf Stadt«. In der Konkurrenz um internationale Investor_innen und im Vorfeld sportlicher Großevents zeigt sich ein Gesicht unternehmerischer Stadtfabriken: Der gewaltsame Ausschluss der »Überflüssigen« geht mit dem gleichzeitigen Einschluss alles Verwertbaren einher.

Städte sind von Grenzen durchzogen: Menschen, die vermeintlich nicht in das Bild und die Reproduktionspraxis der Mehrheitsgesellschaft passen, sind wenig willkommen. Weibliche* Flüchtlinge sind dabei besonders stark von den prekären Lohnarbeitsverhältnissen im informellen Dienstleistungssektor betroffen, falls sie überhaupt eine »Arbeitserlaubnis« bzw. einen »Arbeitsplatz« erhalten. Wir wollen und müssen auf dem BUKO.36 der Frage nachgehen, wie diese urbanen Grenzregime überwunden und wie der Kampf von Marginalisierten unterstützt werden kann. Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage nach der Reproduktion von Städten: Wo und unter welchen Bedingungen werden Nahrung, Energie und andere notwendige Güter erzeugt?

Gerade weil die neoliberale Stadt nicht mehr bloß Standort einer industriellen Produktion, sondern zur Fabrik einer ausgrenzenden Realität geworden ist, rückt die Rolle linker Stadtkritik und eine notwendige Perspektive zur Überwindung des urbanen Kapitalismus in den Fokus. Auf dem BUKO.36 wollen wir nicht nur diskutieren, inwieweit ein »Recht auf Stadt« auch eine Überwindung von Geschlechterhierarchien und menschenverachtenden Marktprozessen im Blick haben muss, sondern wollen das Anrecht auf Zukunft mit praktischen Ansätzen verbinden.

Blick nach vorn - für radikale Utopien!

Die Forderung nach einem »Recht auf Stadt« teilen viele urbane soziale Bewegungen. Das Recht auf Differenz ist dabei nicht nur eine Forderung an eine lebenswerte Stadtutopie, sondern auch eine Forderung an die soziale Bewegung selbst. Die erkennbare Ungenauigkeit - was ist ein »Recht auf Stadt«? - ermöglicht breite Allianzen, trägt aber auch die Gefahr der Vereinnahmung in kapitalistische Verwertungslogiken und Anschlüsse an regressive Diskurse in sich. So wird der Prozess einer urbanen Emanzipation nicht zuletzt in der Bundesrepublik durch die rassistischen Initiativen gegen die Unterbringung von Geflüchteten konterkariert, wenn sie sich in ihrer Agitation gegen »Armutsmigrant_innen« und jegliche Bewegungsfreiheit auf ihre »Bürger_innenrechte« und Raumansprüche berufen.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung über die jeweilige Analyse und Perspektive wird auf dem BUKO.36 immer auch die Frage nach Schnittstellen zwischen urbanen Kämpfen und der Forderung nach Bewegungsfreiheit gestellt werden. Dabei wollen wir aber nicht einfach nur unkritisch nach Allianzen Ausschau halten, sondern im Wissen um unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen Bündnismöglichkeiten ausloten.

Auf dem BUKO.36 werden die Kämpfe um Stadt und für Bewegungsfreiheit verbunden und breitere Diskussionen und Vernetzungen zumeist lokaler Widerstandsformen im Fokus stehen. Wir wollen in Leipzig 2014 eine radikale und emanzipatorische Gesellschaftsutopie anstoßen, die sowohl die postkapitalistische Stadt als auch Kämpfe für Bewegungsfreiheit einbezieht. Das wird gelingen, sobald wir nicht weiter die Augen vor dem vielfachen Unrecht und Unaushaltbaren verschließen. Beteiligt euch am BUKO.36 in Leipzig: Die kapitalistische Realität wird nachgeben, wenn wir uns gegen sie verbünden!

Alle oder nirgends! Räume und globale Bewegungsfreiheit erkämpfen!

Die Leipziger Vorbereitungsgruppe
des BUKO.36

DESTROIKA: EUROPAS EINSTÜRZENDE NEUBAUTEN

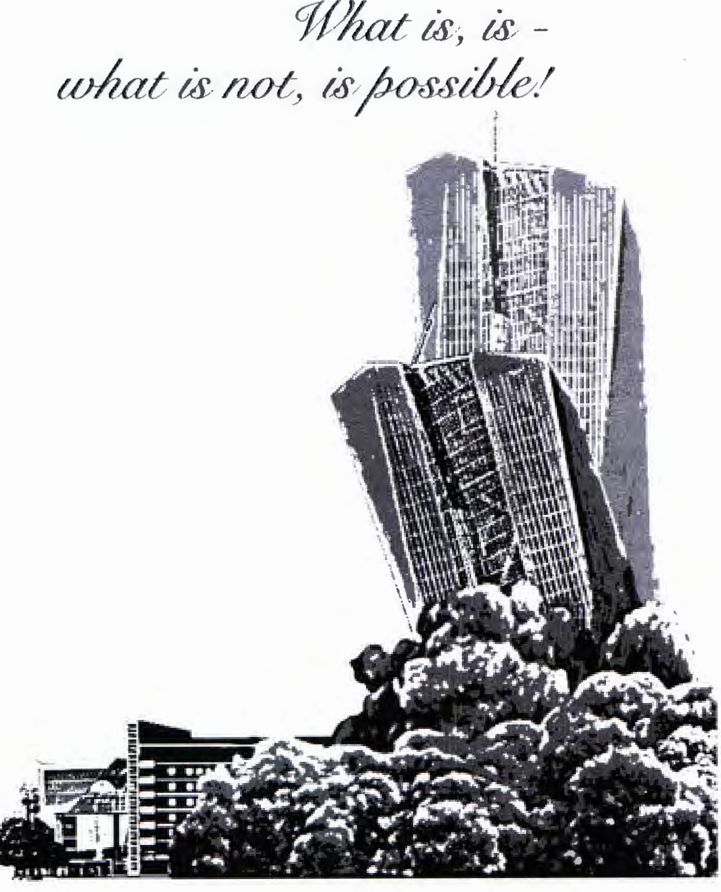
Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank | Frankfurt am Main | Herbst 2014

Aufruf der Destroika zu einer fantastischen Widerstandsbegegnung

Generalstreiks ohne Auswirkungen, "Aktionstage" ohne Einfluss auf irgendein Ziel, das diesen Namen verdiente; überall – in Portugal, in Spanien, in Italien, in Griechenland – scheinen die Kämpfe über ihren nationalen Bezugsrahmen zu stolpern. Die nationale Ebene, die lange Zeit das Feld der politischen Aktion war, sei es für den Staat oder für die Revolutionäre – ist zur Ebene der Ohnmacht geworden. Eine Ohnmacht, die nationalistische Wut an Boden gewinnen lässt.

Für uns ist der nationale Bezugsrahmen vorbei und gegessen, und das nicht nur, weil die Nation ohnehin schon immer reaktionärer Dreck war. Hier gibt es nichts mehr abzutrotzen. Der Staat tischt auf, was immer die Troika anrichtet. Für uns gibt es nur noch lokal und international.
Die "Troika" aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission regelt und verwaltet nicht nur ganze Staaten, Haushalte, Regierungen, sondern bestimmt die Lebensbedingungen der Menschen, reduziert sie auf Humanressourcen. Das Gefühl, vom selbsternannten Kerneuropa überrumpelt und beherrscht zu werden, ist in vielen Teilen der Welt tagtäglich spürbar.
Wer ein wenig die Methoden des IWF studiert, weiss, dass sie sich nicht auf eine "Schockstrategie" beschränken. IWF und Weltbank verfolgen eine Doppelstrategie: die Brutalisierung der Gesellschaften durch eine gewaltsame Umstrukturierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Abfederung dieses Schocks durch Kleinkredite, die Ermunterung zur Gründung kleiner ökonomischer Einheiten. Das Ziel: aus allem und jedem überall Unternehmen machen. Aber auch die viel zitierte soziale und solidarische Ökonomie ist kein geeignetes Heilmittel gegen die Schockstrategie, sondern deren effektive Ergänzung. Wir wollen keine bessere Ökonomie, wir wollen das Ende der Kalkulation, das Ende der Evaluation, das Ende der Messung, das Ende der Buchhaltermentalität, in der Liebe wie in der Werkstatt.
Tatsächlich erleben wir eine absichtliche Zerstörung des Sozialen, eine zielgerichtete Verelendung, eine beschleunigte Konzentration von Reichtum und Macht und ein bewusstes Bedienen rassistischer Ressentiments. Deutschland als europäischer Taktgeber all dessen, ist der richtige Adressat für alle, die Ziel dieses sozialen Angriffs sind. Ob Flüchtlinge, die ihr Leben riskieren, Prekarisierte, die mehr und mehr um ihre Existenz fürchten oder der Mittelstand, der mit seiner Sicherheit auch die letzte Illusion verliert – wir werden sehen, wer sich mit uns gemeinsam auf den Weg macht. Es wird Zeit, uns unser Leben zurückzuholen, Gemeinschaft neu zu erfinden und zu organisieren.
Für viele war es genau das, was auf den Plätzen in Tunis, Kairo, Madrid, Istanbul passierte und was weiterlebt in den Vierteln von Thessaloniki, Rom und Barcelona – überall dort, wo wir das Geld, die Techniken, das Wissen und das ganze Leben rund um gemeinsame Orte teilen.

What is, is - what is not, is possible!



Heute lokal, morgen Frankfurt
Wir haben nicht vor, unsere strukturellen Fehler aus der Anti-Globalisierungsbewegung zu wiederholen: Wir wollen keine professionellen Aktivist_innen, keine rituellen Tumulte, keine abstrahierten und teils sinnentleerten Parolen, die unseren Widerstand haben erstarren lassen. Nicht ohne Grund haben es einige von uns an einem bestimmten Punkt der Bewegung vorgezogen, sich lokal zu verankern, sich der Abstraktion des Globalen zu entziehen, um wieder ein bisschen Wirklichkeit zu finden. In der ausgehenden Anti-Globalisierungsbewegung war uns die vernetzte Luft zu dünn geworden, wir sahen, dass wir ohne eigene Zentren, ohne Land, ohne eine materielle Kraft an echten Orten zu entwickeln, die wir rükkhaltlos gemeinsam mit Herz und Hand bewohnen, bald auch nichts anderes sein würden als Politiker_innen, Repräsentant_iknen, Verwalter_innen. Bewegungen zu konstruieren, eine neue Linke zu konstituieren nährt nur neue Illusionen.

Wir stellen fest, dass "lokale Kämpfe", wie derzeit um Wohn- und Lebensräume, an Bedeutung gewonnen haben. Einige von ihnen können sogar mit großer Ausstrahlung das Tempo der Auseinandersetzung eines ganzen Landes vorgeben: Val de Susa in Italien, Notre-Dame-des-Landes in Frankreich, Gamonal in Spanien, Chalkidiki in Griechenland, Lampedusa Hamburg in Deutschland. Trotzdem schaffen es diese Kämpfe selbst dort, wo sie den Sieg davonzutragen scheinen, nicht, eine gewisse politische Schwelle zu überschreiten, wodurch sie den Regierungen noch stets erlauben, sie als Randerscheinung abzutun. Wir wären verloren, verblieben wir auf dieser Ebene der Selbstbezüglichkeit. Es ist dem weltweiten sozialen Angriff völlig unangemessen, unsere lokalen Kämpfe nur aneinander zu reihen und sie unter dem Terminus der

„solidarischen Bezugnahme" quasi-künstlich miteinander zu verkleben.

Nachdem sich einige vor zehn Jahren der Abstraktion des Globalen entzogen hatten, scheint nun der Moment gekommen, sich der Anziehungskraft des Lokalen zu entziehen, genau dann, wenn wir es für nötig halten. Wir kämpfen für und mit den rebellischen Vierteln, Häusern, Halbinseln und Tälern im Rücken. Das ist etwas grundsätzlich anderes als die klassische Vernetzung sich „aufeinander beziehender" Kämpfe, als die Bündnisse politischer Repräsentant_innen mit ihren sterilisierenden Aushandlungsprozessen, die vor allem sich selbst dienen – wie jede Bürokratie. Die Repräsentanz steht für die Vertretung des Abwesenden – lasst uns dem die reale Präsenz vieler entgegen setzen!

Darum gehen wir nach Frankfurt

Je unverhohlener die Plünderung nun auch in Europa von statten geht, die Gewalt von Unterwerfung und Disziplinierung allgemein wird, umso nötiger wird es, zurükkzuschlagen – unsere Strukturen und Freundschaften auch überall dort zu verteidigen, wo dieser soziale Angriff in großem Stil geplant, vorbereitet und in die Tat umgesetzt wird. Und deshalb gehen wir nach Frankfurt: Weil unsere Verteidigung des Angriffs bedarf.

Es ist nötig, die lokalen Bewegungserfahrungen auf eine höhere offensive Ebene zu bringen, über das Nationale hinaus, dem die Bewegungen gegenüber stehen, um den Staat von dort aus in die Zange zu nehmen: auf europäischer Ebene. Daher die Gelegenheit, uns alle wiederzufinden im Angriff auf die Einweihung des Sitzes der EZB, uns zu treffen und unsere Kräfte gegen diesen gemeinsamen Feind zu vereinen.

Der Unterschied dieses Ereignisses zu den Mobilisierungen der Anti-Globalisierungsbewegung ist bereits sichtbar: Es geht nicht mehr darum, sich mit einigen Zehntausend Aktivist_innen zu verabreden, lediglich zu mobilisieren, sondern sich bereits in einer internationalen Diskussion gemeinsam zu organisieren, weit über Frankfurt hinaus.

Es geht darum, dass der ganze Pöbel Europas in Frankfurt zusammenkommt, alle Angestellten am Rande des Nervenzusammenbruchs, alle reingelegten Kleinbürger_innen, alle Tagelöhner_innen und entlassenen Arbeiter_innen, wir alle, die das wahre Gesicht des Feindes sehen und hinein schlagen wollen.

Es geht darum, der diffusen Wut, die überall auf dem Kontinent wächst, ein Ziel zu geben. Wir reden von einer Wut, die sich Bahn bricht und durchaus von einem Aufbegehren als Quittung für Alles, was wir die letzten Jahre ertragen haben. Gegen jene, die das von ihren komfortablen Büros aus zentral eingefädelt haben und gegen jene Administrationen, die dies überall und alltäglich bereitwillig umsetzen.

Die erschreckte Fresse der Bürokraten zu sehen und als Bewegung Seite an Seite zu kämpfen ist der beste Ausweg aus dem neuen europäischen Nationalismus. Europa bietet ebenso wenig wie das Lokale eine Alternative zur Ruine der Nationalstaaten. Nur weil wir den Staat hassen, müssen wir noch lange nicht dem zweifelhaften Charme des Empire erliegen. Europa als solches ist wie die alten Nationalstaaten auch einerseits eine Fiktion und zum anderen eine Struktur des Regierens. Weder das eine, noch das andere steht uns nahe. Wir wollen uns Europa und seine madigen Institutionen nicht aneignen, wir wollen sie zerstören. Eine Ethik des Verzichts, ein Diktat der Leistung und ein Zwang zur Selbstdisziplinierung sind mit unserer Vorstellung von Glück und unserer Idee von Leben nicht kompatibel.

Ein neues Zusammen – eine Achse des Pöbels

Die Antwort sehen wir vielmehr in der unmittelbaren Präsenz derer, die sich wehren, die im Europa der Troika überflüssig gemacht werden und in ihrem individuellen Widerstand gegen den Zwang zur bedingungslosen Selbstoptimierung unterliegen sollen. Wir benötigen im Widerstand gegen diesen konzertierten und hochorganisierten Angriff eine neue Vorstellung von gemeinsam kämpfen.

Nichts ist schlimmer, als einen Angriff zu simulieren. Auch wenn uns durchaus bewusst ist, dass viele unserer Bemühungen im einzelnen symbolisch sind, begrüßen wir jeden ernst gemeinten Angriff, der Protest nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar werden lässt.

Nicht die Manager oder reisenden Experten einzelner Bewegungen, die Kämpfe selbst verbinden sich. Nicht aus Solidarität allein, sondern auch aus eigenem Interesse. Versteht uns nicht falsch: Wir wissen um die Kraft und die guten Absichten solidarischen Handelns – dennoch wohnt der Solidarität die inhärente Trennung in ein „wir" und „sie" inne. Diese gilt es zu überwinden – eine gewaltige Manifestation aller, die es satt haben und sich ihr Leben zurückholen wollen!

Bereits in den letzten zwei Jahren hat es mit Blockupy und M31 Versuche gegeben, in Frankfurt Protest gegen die Politik der Troika, der EU und Deutschland auf der Straße sichtbar zu machen. Die Reaktion der Staatsgewalt war empfindlich und unerwartet repressiv. Jegliche Aktion wurde im ersten Jahr verboten, die ganze Stadt in Geiselhaft genommen und lahm gelegt, um den Protest zu ersticken. Letztes Jahr wurde eine genehmigte Großdemonstration von der Polizei als politischem Akteur und nicht als Kraft der Exekutive verhindert.

Unsere Erfahrungen in Hamburg im Dezember 2013 haben jedoch gezeigt, dass wir auch im Ausnahmezustand handlungsfähig sind, wenn wir unberechenbar und damit unkontrollierbar bleiben. Eine Vielzahl von Leuten, die über das ganze Stadtgebiet verteilt entschlossen agiert, kann auch ein großes polizeiliches Aufgebot ins Leere laufen lassen.

Wir sehen die Chance, mit den Protesten gegen die Eröffnung der EZB 2014 die verschiedenen Kämpfe Europas zusammenzuführen und so unsere Schlagkraft zu erhöhen. Ziel muss es sein, ähnlich den Protesten gegen Atommülltransporte, die verschiedenen Ausdrucksformen unseres Kampfes als gegenseitige Bereicherung zu verstehen.

Der Unterschied zu den Vorjahren ist, dass der Protest sich dieses Jahr nicht an einem symbolisch gewählten Tag manifestieren soll, sondern dass wir bei der Eröffnung der EZB auf die Mächtigen Europas treffen werden. Außerdem beherbergt die Wirtschaftsmetropole am Main nicht nur die EZB und diverse Hauptverwaltungen multinationaler Banken, sondern auch zahlreiche Versicherer, Immobilien- und Kommunikationskonzerne.

Mit uns ist zu rechnen

Sie glauben, Ihre Rechnung ohne uns machen zu können – dabei verstehen sie nicht einmal, was wir damit meinen, dass wir uns nicht mehr fügen in ihre Welt fortwährender Selbstbewertung, dass wir uns der Vermessenheit ihres Zugriffs entziehen. Ihre Politik der Entwertung alles Lebendigen, der sozialen Verelendung und Zerstörung wird sich rächen. All die Demütigungen in Behördenfluren, die Hetzerei der Hamsterräder, die Scham, schon bald nicht mehr fit, jung und flexibel genug zu sein. Und weil sie an ihrer Welt umso verbissener festhalten, je offensichtlicher es wird, dass sie zusammenbricht, weil sie eine andere Sprache nicht verstehen, sagen wir: Sie werden die Quittung bekommen ...

Die weltweiten Aufstände der letzten Jahre haben gezeigt, dass Revolution durchaus möglich ist. Sie klopft auch an die Tür Europas – treten wir sie ein.

WAS IST, IST – WAS NICHT IST, IST MÖGLICH

Zur Lage der Gefangenen in Griechenland

Wir veröffenlichen dazu einen Brief von 2 Weggesperrten, der die drohenden Verschärfungen dort sehr anschaulich schildert.
Zum anderen weisen wir auf den 19 Juni, den Tag des revolutionären Gefangenen, hin. An diesem Tag wurden in Lima vor 28 Jahren 300 Gefangene von den peruanischen Regierung mit Billigung der Sozialistischen Internationalen unter Führung von Willy Brandt ermordet.
Anläßlich des 19. Juni wird es für die griechischen Gefangenen einen internationalen Aktionstag geben, der von der Internationalen Roten Hilfe (RHI) inititiiert worden ist.
Auch hier in Hamburg wird dazu voraussichtlich eine Veranstaltung mit einem Vertreter des Sozialen Zentrum Voz aus Athen geben. Achtet bitte auf Ankündigung!

Netzwerk Freiheit für alle politische Gefangenen, Hamburg

Brief von Kostas Gournas und Dimitris Koufodinas

Brief von Kostas Gournas, Mitglied des Organisation «Revolutionärer Kampf» und Dimitris Koufodinas, Mitglied der Organisation «17. November» (17N) zum aktuellen Gesetzesentwurf für griechische Gefängnisse.
Der Brief wurde an die Zeitung PONTIKI geschickt und am 27. März 2014 veröffentlicht. Der Gesetzesentwurf für Gefängnisse bewirkt ein griechisches Guantanamo.
Die Insassen in diesen Spezial-Gefängnissen
- werden aller Rechte für Gefangene (Urlaube, Suspensionen etc.) beraubt.
- werden in ihren Besuchs- und Telekommunikationsrechten massiv eingeschränkt.
- bleiben täglich bis zu 23 Stunden in den Zellen eingesperrt.
- sehen sich einer geheimen Spezialeinheit der Polizei mit nicht geklärten Befugnissen und Zuständigkeiten gegenüber.

Dieser Würgegriff der Haft ist mit derjenigen in Guantanamo zu vergleichen. Der Gesetzesentwurf von Samaras, Dendias und Athanasiou ist faschistisch inspiriert. Er ist Ausdruck eines Staates in permanentem Notstand. Er ist das entsprechende Memorandum für Gefangene.
Der Mikrokosmos der Gefangenen bleibt nicht verschont vom breiten, frontalen Angriff auf die griechische Gesellschaft. Der globale, neoliberale Kapitalismus versucht, die Krise zu überwinden. Dazu tritt er erkämpfte Rechte von Jahrzehnten mit Füssen und wendet diese Strategie in seiner unmenschlichsten Art gegen die griechische Gesellschaft an.
Diese Strategie lässt keine Ventile zu, stattdessen komprimiert sie die Würde des Menschen und jeden Wunsch nach Beständigkeit. Dieser Logik entspricht dieser Gesetzesentwurf: Er schafft das Gespenst des Gefängnisses des Typs C. Ein Schreckgespenst für die Gefangenen aber auch auf die gesamte kämpfende Gesellschaft. Das erste Ziel des Gesetzentwurfs ist, politische Gefangene zu isolieren. Vorbild ist das Modell, welches speziell für die Inhaftierten des N17 im Sommer 2002 geschaffen wurde. Sein Zweck ist es, eine Isolationshaft zu legitimieren und zu konstituieren. Sein Zweck ist es, das Wort der politischen Gefangenen an die Gesellschaft, welches nach antisystemischen Richtungen sucht, zu verwehren. Die Kämpfe der Gefangenen und der Solidaritätsbewegung aber stürzten bereits 2002 diese Entwürfe. Sie überwanden die Politik der Isolation. So wird es auch heute geschehen.
Wir fordern alle politischen Gefangenen, alle kämpfenden Gefangenen, die Solidaritätsbewegung, die kämpfende Gesellschaft auf, ihre Stimmen und ihre Handlungen im Kampf gegen diesen faschistischen Gesetzesentwurf zu vereinen. Auch dieser Kampf ist Teil des Kampfes gegen ihren Versuch, die Gesellschaft zu zerstören.
PS: Der Gesetzesentwurf wird in den Gefängnissen bereits angewendet. Die Streichung von Urlauben, beziehungsweise das Schliessen jedes solchen Ventils, führt zu tragischen Resultaten: Die drei Initianten des Gesetzesentwurfs hielten damit das Messer in Malandrino in ihrer Hand.

Kostas Gournas / Dimitris Koufodinas

Die griechischen Knäste kochen...

Am 24. März 2014 gaben Gefangene aus ganz Griechenland eine Mobilisierung bekannt, um gegen die immer strengeren Haftbedingungen zu protestieren. Sie forderten, dass der Gesetzesentwurf der Regierung über die Hochsicherheitsgefägnisse zurückgezogen wird. Gemäß dieses Entwurfs würde den "gefährlichen" InsassInnen, die als 'Kategorie C' eingeordnet werden, kein Hafturlaub gewährt und Besuche stark eingeschränkt werden.
Am 25. März, inmitten zunehmender Spannungen in den Strafanstaltien, erstach der Verurteilte albanischer Herkunft Ilia Kareli mit einem improvisiertem Messer einen Gefängniswärter im Malandrino Gefängnis. Obwohl Kareli seit mehr als 16 Jahren gefangen war, wurde ihm jüngst Ausgang untersagt. Der tote Schließer, den die Massenmedien als Heiligen portraitierten, war ein berüchtigter, sadistischer Folterer, der Gefangene wiederholt mit Stromkabeln auspeitschte.
Am 27. März wurde Ilia Kareli in Einzelhaft im Nigrita-Gefängnis gesteckt (in der Nähe der Stadt Serres, Nord-Griechenland), wo er später tot aufgefunden wurde. Todesursache waren vielfache interne Verletzungen und massive Frakturen, die durch die wiederholten Schläge der Mörder in Uniform verursacht wurden. Mit anderen Worten: Nachdem er das armselige Leben eines Wärters ausgelöschte, wurde er von dem Knastsystem zu Tode gefoltert.
Als Antwort auf den Mord Karelis sowie den monströsen Gesetzesentwurf, der mit aller Macht gegen die Gefangenen in Griechenland durchgesetzt werden soll, fanden in mehreren Gefängnissen massive Proteste statt. In einigen Fällen wurde das Knastessen und/oder der Gang in die Zellen verweigert.
Am Sonntag Nachmittag, dem 30. März, fand eine Versammlung außerhalb des Nigrita-Gefängnisses statt, in dem Kareli tot aufgefunden wurde. Die Aktion dauerte mehr als eine Stunde an und wurde von mehr als 100 GenossInnen aus den Städten Thessaloniki, Serres und Kavala beigewohnt. Die Antwort der InsassInnen war lebhaft, da beide Seiten sich über Rufe austauschten und ihre Position gegen die Folterer und Mörder der Knastverwaltung sowie Parolen gegen Bullen artikulierten. Dabei sprachen sie ihre Solidarität mit den anhaltenden Knastkämpfen aus.
Im Laufe der Kundgebung versuchte die Verwaltung alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Kommunikation zwischen Gefangenen und solidarischen Menschen zu unterbinden. Die Knastsirenen ertönten und Bekanntmachungen [der Knastleitung] wurden kontinuierlich über Lautsprecher übertragen, damit die Gesänge nicht bis ins Innere durchdringen konnten. Die Gefangenen ließen sich von den Schikanen der Knastwärter aber nicht entmutigen: Insbesondere im C2-Flügel wurden Überwachungskameras und Fensterscheiben usw. von den InsassInnen zerstört.
Solidarität unter den Menschen, die innerhalb und außerhalb der Knastmauern revoltieren.

anti-atom

Es geht alles gut - bis es schief geht Ein Jahr nach dem Brand eine Urantransportes im Hamburger Hafen, war da was?



01.Mai 2013, während der Abschusskundgebung des DGB am Fischmarkt, läuft die Atlantic Cartier in den Hamburger Hafen ein. An Bord neben mehreren Hundert Autos und ebenso vielen Containern: rund 4 Tonnen Munition, zweieinhalb Tonnen Raketentreibstoff, 180 Tonnen Ethanol, sowie 41 weitere Posten Gefahrgut in 33 Containern. Vor allem aber frische Brennelemente für Atomkraftwerke mit einem Gewicht von 11 t, und: rund 8,8t Uranhexafluorid.

Zusätzlich zu den Mai Feierlichkeiten fand in der Hafencity der Eröffnungsgottesdienst des evangelischen Kirchentages mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen statt, und viele Menschen blieben auch nach Ende der Predigt für den „Abend der Begegnung" im Hafen. Der Hamburger Pastor Thomas Jeutner erinnert sich im Publik Forum "Vor allem war es eng,..., und dann immer diese Kante von der Kai -Anlage....da hatten die Menschen zu wenig Platz, vor allem waren keine Fluchtwege einkalkuliert." Rund 1200m vom Kirchentagsgelände, und nur rund 600m von den nächsten Häusern auf der Veddel brach gegen 19.30 ein Feuer auf der Atlantic Cartier aus. Es sollte sich in den nächsten Stunden zum größten Schiffsbrand im Hamburger Hafen der letzten Jahre entwickeln.

An den weiteren Löscharbeiten, die sich bis 11.41 Uhr am folgenden Tag, also rund 15,5 Stunden, hinzogen, nahmen 296 Feuerwehrleute mit 76 Fahrzeugen teil, ein Löschroboter, zwei Löschboote, drei Polizeiboote und drei Schlepper mit Löschvorrichtungen. Außerdem wurde das bundesdeutsche Havarikomando informiert und FeuerwehrspezialistInnen aus Cuxhaven und Brunsbüttel angefordert. Erst gegen 5.11 Uhr am Morgen des zweiten Mai hatten die Löschkräfte den Brand unter Kontrolle. Der Leiter der Feuerwehrabteilung 4 begab sich mit seinem Stab in den Lageraum des zentralen Katastrophenschutzdienststabes und informierte gegen 21.14 den Innensenator, den Polizeichef, und die Leitung des Katastrophenschutzes. Gleichzeitig fand ab 22°° der Abendsegen des Kirchentages mit rund 12.000 TeilnehmerInnen in der HafenCity statt. Weder die Menschen dort, noch die BewohnerInnen auf der Veddel und in Wilhelmsburg, die beim an diesem Abend herrschenden Nord-Westwind am stärksten einer Bedrohung ausgesetzt waren, wurden über die bedrohliche Situation informiert. Auch hier gab es keinerlei Pläne, wie die BewohnerInnen hätten evakuiert werden können. Erst um 23.08 konnte der erste Gefahrgutcontainer von Bord gehoben werden, und es dauerte noch bis 3.35 Uhr, bis der Letzte von Bord war.

Wie so oft, wenn es um Störfälle in Atomanlagen geht, kamen am 1. Mai mehrere ungünstige Faktoren zusammen. Nicht nur die zahlreichen Gefahrgüter, die Normalsterbliche niemals nebeneinander stellen würden (wie zum Beispiel Brennelemente neben Munition) erschwerten die Löscharbeiten. Zwei der drei Löschboote waren außer Dienst, die Vorräte an Lösch-CO2 waren so gut wie aus. Hinzu kam die Tatsache, dass schlichtweg keine Hafenarbeiter zur Hand waren, um die Containerbrücken zu bedienen - es war ja schließlich 1. Mai! Nachdem alle Versuche fehlgeschlagen waren, MitarbeiterInnen des O´Swaldkais auf zu treiben, wurde schließlich der Kranfahrer einer Leiharbeitsfirma mit Blaulicht zu Hause abgeholt und in den Hafen gefahren. Hätten anti-Atom-Gruppen bei einer ihrer zahlreichen Anfragen an die Hamburger Senate zu dem Themenkomplex Atom-Umschlag im Hafen ein solches Szenario an die Wand gemalt, es wäre mit Sicherheit als vollkommen abwegig abgetan worden.

Es war nur eine Frage der Zeit

Schiffsbrände kommen im Hamburger Hafen nicht selten vor, und mit ebenso großer Regelmäßigkeit finden Urantransporte durch den Hamburger Hafen statt. Alleine 2012 waren es 117 meldepflichtige Atomtransporte durch den Hamburger Hafen. Bei einer derart hohen Anzahl von Transporten war es nur eine Frage der Zeit, bis sich unglückliche Faktoren summierten.

Eine sehr umfangreiche Aufstellung zu den Atomtransporten durch den Hamburger Hafen findet ihr hier:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sand/
http://www.urantransport.de/uran.html

Der ganze Unfall hatte tatsächlich ein parlamentarisches Nachspiel. Auf Initiative der Linken hin gab es eine Debatte in der Bürgerschaft, der Umweltausschuss befasste sich ebenfalls mit dem Brand. Ergebnis: Die Feuerwehr hat doch hervorragend gearbeitet, was ist eigentlich das Problem. Vor allem aber: Der Hamburger Hafen muss Universalhafen bleiben sprich: Im Hamburger Hafen muss es möglich sein IMMER (24 Stunden / Sieben Tage die Woche) ALLES umzuschlagen. Die Gefahren die Dabei für die Bevölkerung entstehen (Wilhelmsburg und die Veddel sind in unmittelbarer Nähe des Oswaldkais) werden billigend in Kauf genommen. Darüber hinaus weigert sich der Hamburger SPD Senat die Rolle Hamburgs als zentrale Drehscheibe im Internationalen Atomgeschäft zu thematisieren.

In der Zwischenzeit laufen die Urantransporte ungestört, aber nicht ohne Unfälle weiter. Nur zwei Tage nach dem Fukushima Jahrestag 2014 kam es am 13.03.2014 im kanadischen Hallifax zu einem potentiell sehr gefährlichen Unfall beim Transport von angereichertem Uran Hexafluorid.

Erneut war die Reederei ACL (Atlantic Container Line) in den Vorfall verwickelt. http://www.theglobeandmail.com/news/national/companies-involved-in-radiation-leak-at-halifax-port-have-history-of-shipment-mishaps/article17499933/.

Der kanadische Fernsehsender CTV berichtete, unmittelbar nach dem Unfall das sich vier Fässer mit angereichertem Uran aus ihrer Halterung gelöst hatten, und beim Entladen aus sechs Meter Höhe auf das Schiffsdeck gestürzt waren. Die sofort herbei gerufene Feuerwehr rückte zunächst mit einem HAZMAT-Team an, welches einem deutschen ABC-Schutzzug entspricht, und auf das Aufspüren von Radioaktivität und Giften spezialisiert ist.
Das die Behälter einen Sturz auch aus 9 Metern Höhe überstanden hätten, wie der Hersteller angibt, beruhigt dabei wenig, angesichts der Gesamthöhe der Containerbrükken von 15 Metern.

Harrisburg - Tschernobyl – Fukushima, es bleibt die Erkenntnis das irgendwann schief gehen wird, was schief gehen kann, und zwar an Stellen, an denen es eben nicht vermutet wird.
Ob durch einen Brand, Sturz, oder durch eine Explosion, bei der enormen Anzahl von Urantransporten durch den Hamburger Hafen (etwa alle drei Tage) ist es nur eine Frage der Zeit bis es auch hier erneut zu einem Unfall kommt.

Doch Widerstand regt sich, und ein Hamburger Vernetzungstreffen versucht die Aktionen und Recherche gegen Urantransporte in der Hansestadt zu koordinieren. Für alle Aktionsinteressierten sei auf das Urantransporte Camp in Kiel, im August 2014 hingewiesen, bei dem es neben vielen Infos sicherlich auch Aktionen geben wird.

Aktion

09.-16. August Urantransporte Camp bei Kiel

Anti-Atom-Aktivist*innen werden sich im August 2014 versammeln, um die Kämpfe gegen Atomanlagen rund um die Ostsee zu stärken. Vom 9.-16. August sind Aktivist*innen und die interessierte Öffentlichkeit zu einem internationalen Sommercamp nahe Kiel in Norddeutschland eingeladen, um Skillsharing für Kampagnenarbeit und Aktionen zu betreiben, zur Entwicklung internationaler Netzwerke und zur Vorbereitung und Durchführung von öffentlichen Aktionen gegen die Atomwirtschaft.

Das Camp wird von verschiedenen Gruppen und Aktivist*innen aus verschiedenen Teilen der BRD vorbereitet. Das ATOMIC THREATS IN THE BALTIC SEA REGION Netzwerk/projekt lädt Aktivist*innen, Gruppen und alle Interessierten rund um die Ostsee ein, dieses internationale Camp zu besuchen.

Dieses Camp wird 2014 das größte Treffen der Region zum Starten von Kampagnen und zur Unterstützung von Projekten gegen Atomanlagen im Baltikum sein. Es soll vor allem auch dazu dienen, Anti-Atom-Proteste mehr als bisher zu internationalisieren.

Weitere Informationen unter:
https://antiatomcamp.nirgendwo.info/

Flora Termine

Di 06.05. Konzert
Mort Mort Mort (Post-HC aus Caen/Fr.), und Häshcut (Psychedelic Doom/Krautrock aus Caen/Fr.) und Caleya (Progressive HC aus HH)
20:30, Einlass: 20:00 Uhr

15.05. Infoveranstaltung
Keine Zukunft für Nazis –
07.06. Alle nach Dresden!
Bereits zum 6. Mal mobilisieren Freie Kräfte zum "Tag der deutschen Zukunft" - trotz der eher mäßigen Erfolge. Veranstaltung mit aktuellen Updates und Infos zur gemeinsamen Anreise aus HH - inkl. Verkauf von Busfahrkarten.
19.00 Uhr

16.05. Film
The Punk Singer
USA 2013, 80 min, engl. OF - Doku über Kathleen Hanna - Mitbegründerin des Riot-Grrrl-Movements und Frontfrau von Bikini Kill, Le Tigre und The Julie Ruin Kathleen Hanna versucht für ein Gespräch vorbeizukommen.
21.15 Uhr

21.05. Konzert
Age of Collapse (Crust/HC aus San Diego/USA) und Ruins (Crust/D-Beat aus Bielefeld)
21:00, Einlass: 20:00 Uhr

22.05. Konzert
The Reptilian (Screamo/Punk/Indie aus Kalamazoo/USA)
Locktender (HC/Doom aus Cleveland/USA)
Orga: Friesenterz
21:00, Einlass: 20:00 Uhr

23.05. Konzert
Caught In A Crowd (HC aus Cape Cod/USA)
Beneath The Wheel (Metal/Punk/HC aus Ibbenbüren)
Seconds Of Peace (HC/Metal/Punk aus Köln)
Orga: Back To The Point
21:30, Einlass: 20:30 Uhr

23.06. Konzert
O (Ambient/Post-Rock aus D-land) und Left In Ruins (HC/Punk/Crust aus Trento/It)
21:00, Einlass: 20:00 Uhr

Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr - Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30-21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15-20 Uhr (Tel. 433007) - Offene Selbsthilfegruppe für Alkoholiker bietet Hilfe beim trockenen Leben 18.30 Uhr Olaf-Ritzmann-Raum